



Presseschau vom 24.04.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends/Nachts:

Rusvesna.su: Donezk. Um 23:25 Uhr begann ein Kampf mit dem Einsatz von fast allen Arten von Waffen.
Die Armee der DVR wehrte den Sturm der ukrainischen Besatzungstruppen ab. Schüsse aus Maschinengewehren, Minenwerfern und Panzern ertönten.
Gegen 21.30 Uhr hatte auch in der Siedlung Peski der Kampf begonnen. Weitere Einzelheiten werden untersucht.

Vormittags:

Dan-news.info: „Die Intensität des Beschusses ist gewachsen, in den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite 51 mal das Regime der Feuereinstellung verletzt“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. „Die Strafbataillone haben wieder schwere Artillerie verwendet“.
„Bei den Beschüssen wurden 10 mal Panzer verwendet, vier mal gepanzerte Militärtechnik, 21 mal Granatwerfer, zwei mal Antipanzerraketen, 13 mal Schusswaffen. Außerdem wurden ein Artilleriebeschuss festgestellt“.
Von der ukrainischen Seite beschossen wurden Schirokino, Shabunki, Spartak, Jelenowka, das „Volvo-Zentrum“ und der Donezker Flughafen sowie das Oktjabrskaja-Bergwerk.
Informationen über Verluste unter den Milizen und der Zivilbevölkerung liegen noch nicht vor.

De.sputniknews.com: Die ukrainischen protestierenden Bergarbeiter verbleiben am Freitag vor dem Gebäude des Energieministeriums im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt Kiew, sie haben dem Ministerium jedoch keine Forderungen übergeben, wie der Pressedienst des

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Energieministeriums mitgeteilt hat.

„Ja, die Bergarbeiter bleiben weiter hier, aber alles ist ruhig, sie stehen mit Spruchbändern. An uns haben sie keinerlei Forderungen übergeben“, heißt es in der Mitteilung. Dabei betonte der Pressedienst, dass die Bergarbeiter zuvor ihre Forderungen an die Administration des Präsidenten übermittelt hätten.

Seit Mittwoch dauert eine Protestaktion der ukrainischen Bergarbeiter im Zentrum Kiews an. Die Bergarbeiter fordern die Auszahlung der ausstehenden Löhne, die Reformierung der Kohlenindustrie und die Entlassung von Energieminister Wladimir Demtschischin. Der Energieminister hat laut der Behörde wegen der Protestaktion seine US-Reise abgebrochen und werde am Nachmittag in Kiew erwartet. Ob sich der Minister mit den Bergarbeitern treffen werde, werde erst später bekannt, heißt es aus dem Energieministerium.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30205/47/302054713.jpg>

Lug-info.com: Die Beschäftigten des Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereichs erhalten einen Teil ihrer Entgelte für das vierte Quartal 2014 und für Januar 2015. Dies teilte heute die Arbeits- und Sozialministerin der LVR Swetlana Malachowa mit.

„Wir fahren mit der Auszahlung der Arbeitsentgelte fort. Dazu wurden bei uns 150 Mio. Griwna vorgesehen“, sagte die Ministerin.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden drei mal das Regime der Ruhe an der Kontaktlinie mit der Volksmiliz der DVR verletzt, teilte eine offizieller Vertreter der Volksmiliz mit. Von den Kiewer Streitkräften kontrollierten Stschastje aus wurden Obonoje, Chrstowoje, Weselaja Gora beschossen, wobei Granatwerfer vom Kaliber 120mm verwendet wurden. Um 19 Uhr haben die Streitkräfte der Ukraine von Staniza Luganskaja aus drei Schüsse mit Granatwerfern vom 82mm Kaliber auf eine Straße abgegeben. Verletzte und Tote gibt es nicht, ein ziviles Fahrzeug wurde zerstört.

Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko zum hundertsten Jahrestag des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich
Ich wende mich an Armenien, an das armenische Volk und die Armenier, die Bürger der

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Donezker Volksrepublik sind.

Die armenische Diaspora ist bereits lange ein wichtiger und unveräußerlicher Teil des vielnationalen Volks des Donbass und Armenien und das armenische Volk sind seit vielen Jahrhunderten einer der verlässlichsten und freundschaftlichsten Verbündeten Russlands und der gesamten Familie der slawischen Völker. Uns verbindet eine jahrhundertelange Freundschaft, ein gemeinsamer Glaube und Treue zu den Traditionen.

Wir schlugen zusammen, Schulter an Schulter, den gemeinsamen Feind während des Großen Vaterländischen Kriegs und erbauen unser gemeinsames Haus. Und heute nehmen die Armenier, die in der DVR leben, aktiv am Aufbau unseres Landes teil und verteidigen mutig die Grenzen unserer Heimat.

Heute ist ein trauriges Datum, verbunden mit einem der tragischsten Ereignisse in der Geschichte der Menschheit – dem Genozid am armenischen Volk. Hundert Jahr danach verneigen wir – das Volk der Donezker Volksrepublik – uns vor dem Andenken an alle Opfer dieser Tragödie.

Heute sind wir, wie das armenische Brudervolk vor hundert Jahren, einer Verfolgung auf nationalem und religiösem Boden unterworfen. Uns versucht man auch physisch zu vernichten, unsere Sprache zu verbieten, unseren Willen zu brechen. Und deshalb verstehen wir den Schmerz und das Leid des armenischen Volks und fassen es wie unseren eigenen Schmerz und Unglück auf.

Wir meinen, dass es in der keinen Platz für Nationalismus und das Schüren von religiösem Hass geben darf, und zukünftige Generationen von Armeniern dürfen niemals den Schrecken erfahren, den die Armenier auf der ganzen Welt Mez Eghern nennen. Ich möchte dem Bruderland Armenien und allen Armeniern, die in der Donezker Volksrepublik leben eine friedlichen Himmel, Wohlstand und Wohlergehen wünschen.

De.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag in Jerewan bei einer Gedenkzeremonie für die Opfer des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich vor Neofaschismus, radikalem Nationalismus, Antisemitismus und Russophobie gewarnt, die in etlichen Ländern an Stärke gewinnen.

„Bedauerlicherweise erhebt der Neofaschismus in vielen Regionen der Welt das Haupt, radikale Nationalisten streben nach Macht, der Antisemitismus gewinnt an Stärke und wir können Anzeichen von Russophobie sehen“, so Putin.

Dem Staatschef zufolge „muss man sich fragen, warum so etwas geschieht und was die Ursache dafür ist“.

„Bei jedem Vorgang in kritisch wichtigen Regionen der Welt muss man vor allem daran denken, was weiter kommt, man muss an die Folgen denken“, so Putin.

Laut dem russischen Präsidenten sollen in hunderten russischen Städten insgesamt mehr als 2000 Gedenkveranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestags des Massakers an den Armeniern im Osmanischen Reich stattfinden. Daran sollen neben Angehörigen der armenischen Gemeinde Russlands, die rund drei Millionen Menschen zählt, auch Zehntausende Bürger anderer Nationalitäten teilnehmen, so Putin.

Dan-news.info: Die Heranziehung ausländischer Söldner für die Teilnahme an der Strafoperation im Donbass durch Kiew zeugt von der Unfähigkeit der ukrainischen Regierung den Krieg mit eigenen Mitteln zu führen. Dies erklärte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

„Die große Zahl von Söldnern auf dem Territorium der Ukraine zeugt von der Unfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte und dem Unwillen des ukrainischen Volks an einem brudermörderischen Krieg teilzunehmen.“

„Gestern erschien in den Massenmedien eine Mitteilung, dass in die Oberste Rada ein Gesetzesentwurf über die Legalisierung der Ausländer, die an der ATO teilnehmen,

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

eingebraucht wurde. Ich möchte anmerken, dass solche Ausländer in nicht geringer Zahl an der Seite der ukrainischen Truppen kämpfen“, unterstrich Basurin.

Der Vertreter des Verteidigungsministeriums legte aktuelle Informationen über die Anwesenheit von Söldnern im Donbass vor, die von der Aufklärung und von der Bevölkerung des von der Ukraine besetzten Territoriums der DVR erhalten wurden. Nach den Worten Basurins werden vor allem in den besetzten Ortschaften Kämpfer aus Polen, Georgien, den Ländern des Pribaltikums und arabischen Ländern bemerkt.

De.sputniknews.com: Der französische Präsident Francois Hollande zweifelt an der Notwendigkeit der Entsendung einer Friedensmission in die Ostukraine, schreibt die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Freitag.

Wie Hollande am Mittwochabend, nach den Verhandlungen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Pjotr Poroschenko in Paris sagte, soll sich mit diesem Thema der UN-Sicherheitsrat befassen.

Am 17. März hatte die ukrainische Oberste Rada (Parlament) die UNO und die EU aufgefordert, Friedenskräfte in die abtrünnige Donbass-Region zu schicken. Russland und andere GUS-Länder dürfen sich laut Kiew nicht an dieser Mission beteiligen.

Dabei sah man in Kiew ein, dass der UN-Sicherheitsrat der Entsendung der Friedenskräfte nicht zustimmen würde, denn Russland würde von seinem Vetorecht Gebrauch machen. Deshalb wurde die Idee geäußert, dass eine polizeiliche EU-Mission die Situation im Osten der Ukraine kontrollieren könnte bzw. sollte. Allerdings müssten alle EU-Länder diesem Beschluss zustimmen. In Kiew ist man sich im Klaren, dass Russland mehrere EU-Länder stark beeinflusst, doch die entscheidende Rolle spielt die Meinung Deutschlands und Frankreichs, die das so genannte "Normandie-Format" initiiert haben.

Vor einer Woche wurde aber offensichtlich, dass Berlin und Paris nicht viel von dieser Idee halten. Bei einem Außenminister-Treffen des "Normandie-Quartetts" in der deutschen Hauptstadt konnten sich die vier Seiten nicht einigen.

„Für die Ukraine ist Frankreich die schwierigste Gesprächsrichtung“, sagte der ukrainische Politologe Alexej Leschtschenko. „Abgesehen von einer Art ‚Klub der Putin-Freunde‘ (Griechenland, Tschechien, Ungarn) lässt sich Frankreich als relativ prorussisch eingestelltes Land bezeichnen – dort sind die prorussischen Stimmungen die stärksten in Europa.“

Anfang Februar hatte Hollande offen zugegeben, dass ein Nato-Beitritt der Ukraine „unerwünscht“ wäre, und machte kein Hehl daraus, dass er das „extra für die Russen“ gesagt hat, „die sehr beunruhigt über diese Frage sind.“

Dass Poroschenko nicht umsonst nur wenige Tage vor dem für den 27. April in Kiew angesetzten Ukraine-EU-Gipfel nach Paris reisen würde, hatte bereits in der vorigen Woche der Vizeleiter des Präsidialamtes, Valeri Tschaly, zu verstehen gegeben: „Eines der Ziele dieses Besuchs ist, die Handlungen mit Frankreich in vielen Fragen abzustimmen und zu koordinieren, und zwar in Bezug auf den Friedensplan, die Friedensstiftung und das bilaterale Zusammenwirken.“

„Es ist schwer zu sagen, ob es dem ukrainischen Präsidenten gelungen ist, die Stereotype zu zerstören, die die prorussischen Kräfte im französischen Informationsraum geschaffen hatten“, so Experte Leschtschenko weiter. Er verwies darauf, dass Poroschenko in Paris viele „unbequeme“ Reporterfragen beantworten musste. Unter anderem musste er erklären, dass die Ukraine Russland nicht provoziert habe, dass die Situation um die Krim und das Donezbecken kein Zeichen für einen inneren Konflikt in der Ukraine sei, sondern nur die Folge der Tatsache, dass internationale Verträge so gut wie nichts mehr wert seien, usw. Zudem äußerte sich Poroschenko abermals zum Thema Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. „Die Frage des Nato-Beitritts der Ukraine ist fundamental“, sagte er dem französischen TV-Sender iTele. „Ich werde ein Referendum organisieren, und das Volk wird eine Entscheidung treffen.“

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30205/72/302057231.jpg>

Dan-news.info: Die von der Kiewer Regierung ausgerufenen „Dekommunisierung“ ist tatsächlich auf die weitere Verbreitung der Ideen des Faschismus in der ukrainischen Gesellschaft gerichtet, erklärte heute der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Das Gesetz über die Dekommunisierung, das zur Zeit in der Ukraine korrigiert wird, ist tatsächlich auf eine noch größere Faschisierung der Gesellschaft gerichtet. Indem sie den Faschismus propagiert, entfernt sich die Ukraine immer weiter von der zivilisierten Welt, die nicht vergessen hat, wozu die Ideen der Überlegenheit einer Nation über die anderen führen kann“.

Puschilin unterstrich, dass das Gesetz „Über die Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propagierung ihrer Symbolik“ berührt in der Praxis nur das Erbe der sowjetischen Vergangenheit.

„Die Kiewer Regierung täuscht, in dem sie erklärt, dass der Faschismus neben dem Kommunismus verboten wird. Unter das Verbot fiel nur die kommunistische Symbolik, es werden Denkmäler für die Führer der sowjetischen Epoche zerstört, Städte werden umbenannt. Außerdem wird die faschistische Symbolik trotz des Gesetzes nicht verboten. In der Ukraine werden Gesten, Symbole, Ideen der Nazis verwendet. Niemand verbietet sie, vor all dem verschließt die ukrainische Regierung die Augen.“

Das Gesetz über die Dekommunisierung der Ukraine wurde von der Obersten Rada am 9. April angenommen. Später, mit dem Nahen des Tags des Sieges, korrigierten die Kiewer Abgeordneten dieses Dokument: gemäß der Änderungen, die am 23. April eingefügt wurden, erstreckt sich das Verbot der sowjetischen Symbolik nicht auf die staatlichen Auszeichnungen der Zeit der UdSSR, auf Museen und eine Reihe anderer Fälle.

Nachmittags:

Rusvesna.su: Eilmeldung:

Der russische humanitäre Konvoi des Fonds zur Hilfe für Novorossia ist von den ukrainischen Militärs beschossen worden. Darüber informierte der Leiter des Fonds Gleb Kornilow auf seiner Facebook-Seite.

«Ein Begleiter unseres Konvois ist getötet worden, ein anderer ist verletzt, sechs sind gefangen genommen.»

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Gestern ist unsere Kolonne mit drei Fahrzeugen in den Bezirk Schirokino mit einer humanitären Lieferung gefahren.

Im Bestand der Ladung: waren Lebensmittel, Medikamente, Saatgut, Kleidung für Zivilisten. Auch 20 Stück der Panzerwesten mit Helmen für die Volksmiliz, um die Zahl der Todesopfer bei Artilleriebeschuss irgendwie zu verringern.

Unter den Begleitern war auch unser Operator Boris Borissytsch, der beabsichtigte, ein Video über das Leben der Siedlung Schirokino aufzunehmen.

Aus noch ungeklärten Gründen ist die Kolonne von der geplanten Reiseroute abgewichen und nach einiger Zeit auf die Position der ukrainischen Militärs in 27 km von Donezk entfernt getroffen. Die Soldaten der ukrainischen Armee haben das Feuer geöffnet.

Im Ergebnis ist ein Mensch umgekommen, die übrigen sind gefangengenommen worden.. Unter den Gefangenen befindet sich ein Verwundeter.

Ein ukrainischer Offizier mit Codenamen „Captain Price“ schrieb auf Twitter «6 Separatisten der DVR sind festgenommen, 1 ist verletzt, 1 ist umgekommen“. Aber über den humanitären Charakter der Kolonne kein Wort.

Jedoch hatten alle Begleiter des humanitären Konvois die entsprechenden Papiere und das Fahrzeug trug unsere Symbolik. Außerdem bestätigt „Captain Price“, dass unsere Mitarbeiter keinen Widerstand leisteten. Und auf dem Foto ist sichtbar, dass der Ermordete ohne Panzerweste und Waffen war. Entsprechend muss die Begründung der Eröffnung des Feuers ernsthaft angezweifelt werden.

Der Prozess der Verhandlungen mit der ukrainischen Seite ist schon gestartet. Seit dem gestrigen Abend versuchen wir alles, um unsere Jungs möglichst unversehrt bald zurückzuholen.

Der Codename des Gefallenen ist „Dock“. Er hat viel Gutes auf dem Gebiet der humanitären Hilfe bewirkt. Möge die Erde ihm leicht sein. Der Name des Verwundeten ist bis jetzt unklar. Über alle Neuheiten werde ich unverzüglich berichten.

Man muss diese Informationen weiterverbreiten. Es wird unseren Leuten helfen.

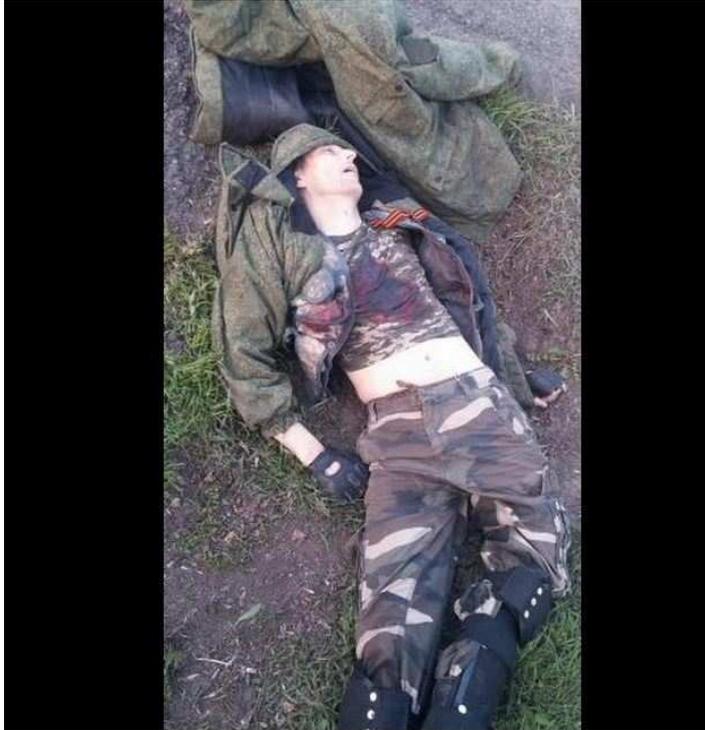
P. S. Aber die Hauptfrage bleibt aus welchem Grund hat die Kolonne den Kurs geändert und ist in die Falle geraten“...



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/gum_kovoy.jpg?itok=WONYTmv1

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



Капітан Прайс @SPaWN_ua · 6 ч

23 апреля 2015 года. #Березовое #Волноваха

Бойцы 28 бригады задержали 6 сепаратистов ДНР, 1 ранен. 1 погиб.

http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/konvoy_kornilova_ubityy.jpg?itok=yqB2fL5-

Dan-news.info: Der Beginn der Arbeit der thematischen Untergruppen der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelungen sind auf unbestimmte Zeit verschoben, erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Wir haben gehofft, dass die Untergruppen bereits in dieser Woche n Minsk beginnen zu arbeiten. Aber bisher sind ihre Treffen auf unbestimmte Zeit verschoben. So ist bisher unklar, wann ein Videotreffen der Kontaktgruppe stattfinden wird. Wir haben ein Reglement zur Abstimmung an die OSZE geschickt, eine Antwort gibt es bisher nicht.“

Zuvor hatte Puschilin mitgeteilt, dass die Abstimmung der nächsten Runde der Verhandlungen der Kontaktgruppe auch durch die Schuld der ukrainischen Regierung verzögert wird.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR behindert in keiner Weise die Lieferung von humanitärer Hilfe aus den europäischen Ländern, erklärte heute der Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Kiew erklärt, dass wir in jeder Weise die Lieferung humanitärer Hilfe aus Europa in den Donbass behindern. Dies ist eine weitere lügenhafte Erklärung der ukrainischen Regierung. Wir geben der Lieferung von humanitärer Hilfe aus Europa in den Donbass jegliche Unterstützung.“

„Die Länder der EU bombardieren uns nicht, wir sind froh von ihnen Hilfe zu erhalten“, fügte Puschilin hinzu.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

De.sputniknews.com: Die Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) hat anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg einstimmig einen Amnestiebeschluss gefasst, der noch am Freitag oder am Samstag in Kraft tritt. Für den Beschluss haben 442 Abgeordnete in zweiter und dritter Lesung gestimmt. Es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Nach vorläufigen Angaben betrifft die Amnestie bis zu 60.000 Strafgefangene, bis zu 200.000 auf Bewährung Verurteilte sowie Verurteilte, deren Strafen nicht vollständig verbüßt und durch mildere Strafen ersetzt oder aber aufgeschoben worden sind. Unter die Amnestie fallen auch Verurteilte, deren Strafen nicht mit Freiheitsentzug verbunden sind.

Der Amnestiebeschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft und wird innerhalb von sechs Monaten umgesetzt.

Wie der Chef des Duma-Ausschusses für Zivil-, Straf-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung, Pawel Krascheninnikow, zuvor bekanntgegeben hatte, wird das Dokument noch am Freitag oder am Samstag veröffentlicht und anschließend in Kraft gesetzt.

Dan-news.info: Der ukrainische Präsident Petr Poroschenko begreift nicht, welche Folgen ein weiterer Angriff der ukrainischen Truppen auf den Donbass hat. Dies erklärte heute das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko auf dem ersten republikweiten Kongress der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“.

„Nach unserer Information bereiten sich die ukrainischen Truppen auf einen neuen Angriff vor. Poroschenko versteht nicht, dass er durch die Vorbereitung eines weiteren Angriffs auf Donezk die Menschen in einen brudermörderischen Krieg stürzt“.

Sachartschenko unterstrich, dass der Donbass bereit ist sich zu verteidigen und die Aggressoren dies früher oder später verstehen müssen, auch wenn dadurch die Volksrepubliken „einen dritten Kessel einrichten“ müssen.

Dan-news.info: Die Kiewer Regierung versucht weiterhin die Zahl der Verluste ihrer Truppen im Donbass zu verheimlichen, indem sie Desinformation über eine große Zahl an Gefangenen verbreitet, erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat zuvor mitgeteilt, dass sich 400 Gefangene auf dem Territorium der DVR befinden. Das ist nicht die erste derartige Erklärung von Seiten der Ukraine und sie entspricht nicht der Wirklichkeit. Bei uns sind keine Gefangenen. Durch eine imaginäre Zahl von Gefangenen im Donbass versucht die Kiewer Regierung die realen Verluste zu verheimlichen, die die ukrainische Armee auf dem Territorium der DVR und LVR erlitten hat.“

Rusvesna.su: Im Zeichen der NATO

Der ukrainische Präsident unterzeichnete ein Dekret zur Genehmigung des nationalen Programms für die Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO im Jahr 2015.

Zweck dieses Programms ist es, "die Umsetzung der Prioritäten der strategischen Partnerschaft zwischen der Ukraine und der NATO" sicherzustellen."

Die ukrainische Regierung hatte das nationale Programm für die Zusammenarbeit mit der NATO für das Jahr 2015 im Februar vorgelegt....

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: In der DVR wurde eine Hauptkoordination für Ökologie und Umweltressourcen geschaffen, teilte heute deren Leiter Alexandr Sacharenko mit. „Wir schaffen derzeit von Null an eine Naturschutzstruktur, die über bestimmte Vollmachten verfügt und die staatliche Politik im Bereich des Umweltschutzes und der rationalen Nutzung der Natur absichert“, sagte der Leiter des Amtes.

Die hauptsächlichen Funktionen des neuen Organs sind nach den Worten Sacharenkos im Bereich von Genehmigungen, in deren Rahmen die Koordination die Arbeit von Unternehmen lizensieren wird, und im Bereich der Kontrolle, die es erlauben wird die Einhaltung ökologischer Normen zu kontrollieren, die in den Genehmigungsdokumenten festgelegt sind.

Der Leiter der Koordination berichtete auch über die aktuellen Aufgaben, die vor der der Koordination stehen. „In erster Linie, ist dies eine Bewertung des Einflusses der industriellen Produktion auf Natur der Republik, die Aufstellung einer Liste von Subjekten wirtschaftlicher Tätigkeit und die Koordination von Organen der ausführenden Gewalt und der örtlichen Selbstverwaltung“, berichtete Sacharenko.

Mit dem Ziel der Formierung und Vervollkommnung der Umweltschutzgesetzgebung, werden Spezialisten des Amtes gemeinsam mit den gesetzgeberischen Organen der DVR in der Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe für den Ökologiebereich teilnehmen.

Zur Zeit nimmt die Koordination aktiv an der Ausarbeitung der Gesetze „Über den Schutz der Umwelt“, „Über Bodenschätze“, „Über die Tierwelt“, „Über besonders geschützte natürliche Gebiete“, sowie Gesetze bezüglich Wasser und Land.

De.sputniknews.com: Alle militärischen Konflikte der Gegenwart sind nach Angaben des russischen Generalstabs im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika begonnen worden, die ihre Vorrangstellung als einzige Supermacht „um jeden Preis“ beibehalten wollen. Allein in den letzten zehn Jahren setzten die USA 50 Mal militärische Gewalt ein. „Die USA allein sind der ‚Auftraggeber‘ aller militärischen Konflikte“, sagte General Andrej Kartapolow, Chef der Operativen Verwaltung des Generalstabs, am Freitag in einer militärischen Konferenz in Moskau. Er verwies darauf, dass die USA und deren Verbündete im vergangenen Jahrzehnt mehr als 50 Mal militärische Gewalt angewendet haben. „Sechsmal wuchsen diese Operationen in lokale militärische Konflikte aus. Deren traurige Folgen sind allgemein bekannt.“

„Die westlichen Staaten verstehen sich heute als Hauptarchitekten des Systems der internationalen Beziehungen“, so der General weiter. Die neue nationale Sicherheitsstrategie, die US-Präsident Barack Obama im Februar 2015 dem Kongress vorgestellt habe, stuft die USA als die einzige Supermacht ein. Die Führung in Washington wolle die geopolitische und wirtschaftliche Führungsposition Amerikas „um jeden Preis“ beibehalten und die Entstehung „neuer Machtzentren“ verhindern. Damit erkläre sich der „Kurs des Weißen Hauses auf eine systematische Eindämmung Russlands“.

Dan-news.info: In Donezk fand heute der erste Kongress der Jugendabteilung der regierenden Bewegung „Molodaja Respublika“ statt.

An dem Kongress nahmen 500 Delegierte teil und die führenden Persönlichkeiten des Landes – das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, der Sprecher des Volkssowjets Andrej Purgin und der stellvertretende Sprecher des Parlaments Denis Puschilin....

Die Delegierten des Kongresses diskutierten die Strategie der Tätigkeit der Organisation bis 2019. Der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation Sergej Kondrykinskij sagte, dass es sich um Pläne zur ideologischen Bildung, patriotischer Erziehung, Hilfe für verwundete Milizangehörige, Kinder und wenig abgesicherte Familien handelt.

„Ich bin froh, eine so große Zahl junger Menschen zu sehen, denen das Schicksal unseres jungen Landes nicht gleichgültig ist. Uns als Staat gibt es erst ein Jahr, aber dies war ein Jahr der schwierigen Entscheidungen, des Erwachsenwerdens und sich auf die eigenen

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Füße Stellens. Wir haben gemeinsam schwere Erfahrungen durchgemacht. Die Einwohner des Donbass haben mutig alle Herausforderungen angenommen und ehrenhaft gemeistert, mit der Verantwortung, die auf uns zugekommen ist“, sagte Kondrykinkskij.

Der Leiter der Jugendorganisation sagte, dass „ „Molodaja Respublika“ ein Zentrum der aktivsten, energischsten und verantwortlichsten Menschen geworden ist. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir aufgrund der getanen Arbeit es schaffen werden beliebig schwierige Aufgabe zu erfüllen“.

De.sputniknews.com: In den gegenwärtigen Kriegen ist die Zivilbevölkerung am stärksten betroffen, wie Generalleutnant Andrej Kartapolow, Chef der operativen Hauptabteilung des Generalstabs der russischen Streitkräfte, am Freitag in Moskau in einer militärwissenschaftlichen Konferenz anlässlich der 70-Jahr-Feier des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg sagte.

„Die Zahl der Opfer von heute ist selbstverständlich nicht mit der Vernichtung von Millionen und Abermillionen in den Kriegen des 20. Jahrhunderts zu vergleichen. Es muss jedoch besonders hervorgehoben werden, dass die Gewalt in den (gegenwärtigen) Kriegen vor allem gegen die Zivilbevölkerung gerichtet ist. Wie eine Analyse ergab, machen Zivilisten 90 Prozent der Opfer in den Konflikten der Gegenwart aus“, so der Generalleutnant.

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des soziologischen Zentrums „Besonderer Status“ informiert über eine Umfrage unter den Bürgern der DVR (in den Städten Donezk, Makejewka, Gorlowka, Sneshnoje, Schachtjorsk, Tores, Ilowajsk, Amwrosiewka und Charzysk), an der 2500 Menschen teilnahmen.

Den Bürgern der Republik wurde eine Frage bezüglich der Zukunft der Republik gestellt. Die Meinungen der Befragten gingen auseinander: eine sehr populäre Antwortvariante war „Eingliederung nach Russland“ - 38,9% (in der vorherigen Umfrage – 30,8%), dabei hat sich diese Antwort auf die Bevölkerung der Städte Sneshnoje, Tores und Schatjorsk mit 57%, 54% und 53% konzentriert. Die Variante einer Zukunft der DVR als unabhängiger Staat wählten 42,8% der Bürger. Zum Vergleich: Im Februar, als die vorherige Umfrage durchgeführt wurde, zogen 33,8% die Unabhängigkeit vor. Immer weniger Menschen verbinden ihre Zukunft mit der Ukraine: 14,9% der Befragten gegenüber 19,3% im Februar. Die Befragten wurden auch gebeten ihre Meinung bezüglich der Minsker Vereinbarungen zu nennen. Die Mehrheit der Befragten – 45,5% - wählte die Variante „ich kenne den Inhalt in allgemeinen Zügen“, 27,1% der Bewohner kennen nur einige Punkte der Vereinbarungen. Die Mehrheit der Befragten kennt den Punkt der Vereinbarungen, der den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie betrifft. Auch wurde deutlich, dass diejenigen, die mehr über den Inhalt der Vereinbarungen informiert sind die Bürger sind, die eine große Unterstützung der DVR und des Kurses der Führung der Republik zum Ausdruck bringen.

Bezüglich der persönlichen Bewertung der in Minsk unterzeichneten Vereinbarungen nannten 41,1% der Befragten die Entscheidung formal, 35,1% nannten sie eine erzwungene, aber notwendige Entscheidung.

In den Antworten auf die Fragen, ob die Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar erfüllt werden, geht die Meinung der Einwohner der DVR auseinander. 29,3% der Befragten hofft darauf, dass die Minsker Vereinbarungen zum Frieden führen, weil die Seiten danach streben müssen, sie zu erfüllen. 19% der Befragten halten die Minsker Vereinbarungen nicht für ein wirkungsvolles Instrument zur Erreichung von Frieden und erwarten neue Kampfhandlungen. 30% der Befragten beschuldigen die ukrainische Seite der Verletzung der Vereinbarungen, weitere 19% sind überzeugt, dass die Minsker Vereinbarungen Bedingungen enthalten, die für beide Seiten unannehmbar sind.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Rusvesna.su: Der Volkssowjet der Lugansker Volksrepublik hat am Freitag einstimmig beschlossen, das Gesetz "Über das Kriegsrecht" anzunehmen.

Das Dokument ist eine Rechtsgrundlage für das Kriegsrechtsregime, das im Falle von Aggression oder Bedrohung vorübergehend in der LVR oder bestimmten Regionen verhängt werden kann.

"Als Aggression gegen die LVR wird die Anwendung von Waffengewalt durch einen ausländischen Staat (eine Gruppe von Staaten) gegen die Souveränität, die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Volksrepublik von Lugansk oder auf andere Weise, die der UN-Charta widerspricht, angesehen", berichtet RIA "Novosti".

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft. Ab dem Inkrafttreten dieses Dokuments ist das Gesetz "Über die gesetzliche Regelung des Kriegsrechts" vom 27. Mai 2014 "nicht mehr wirksam."

Abends:

Rusvesna.su: Eilmeldung:

Der Präsident der Ukraine Poroschenko hat erklärt, dass das Kriegsrecht sofort eingeführt wird, wenn die ukrainischen Truppen im Donbass angegriffen werden, berichtet RIA Novosti. "Wir müssen den Frieden schützen, und wenn die ukrainischen Truppen angegriffen werden, werden wir alles tun, um ihren Schutz zu gewährleisten. Sofort wird dann das Kriegsrecht verhängt", sagte Poroschenko in einem Interview mit dem Fernsehsender "Ukraine".

"Ich habe dem Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt", fügte er hinzu. Es ist zu beachten, dass in der Gegenwart an der Demarkationslinie Freiwilligenbataillone, die sich außerhalb der Kontrolle von Kiew befinden, jederzeit Provokationen anzetteln können, die als Grund für den Start eines großflächigen Krieges benutzt werden können, den zu stoppen unmöglich wäre.

Novorosinform.org: Der russische Motorclub "Nachtwölfe" macht sich für die Durchfahrt durch Polen bereit, trotz der Tatsache, dass die Behörden in Warschau ihnen die Einreise nicht genehmigt hatten. Dies wurde vom Vize-Präsidenten des Club Felix Tschernjachowski angekündigt.

In der Begründung für das Verbot wurde behauptet, dass das polnische Außenministerium zu spät die Dokumente für die Route und die Unterkünfte der russischen Biker bekommen hätten. Russische Botschaft widersprach. Wie die Sprecherin der russischen diplomatischen Vertretung Valery Perzhinskaya sagte, wurden alle Papiere pünktlich eingereicht.

"... Wir denken, dass wir alles rechtzeitig eingereicht haben. Mit der Entscheidung der polnischen Behörden sind wir nicht einverstanden. Wir betrachten diese Entscheidung im Zusammenhang mit der negativen Situation, die sich um diesen Besuch in Polen entwickelt hat. Dies hat nicht die beste Wirkung auf die zukünftige Entwicklung der russisch-polnischen Beziehungen", sagte sie.

Am 25. April will der Motorradclub starten. Bis zum 9. Mai soll der Motorradcorso in Berlin eintreffen. Der Weg führt durch Weißrussland, Polen, Österreich, Tschechien und die Slowakei.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



http://storage.novorosinform.org/cache/1/7/TASS_2933400-pic4_zoom-1000x1000-74246.jpg/w644h387.jpg

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.